DIE GRÜNEN
www.eurogreens.at

VORWÄRTS GRÜN!

EUROPEANGREENS.EU
United green parties of Europe

Liebe Wählerin, lieber Wähler!

Ich freue mich Ihnen unser Wahlprogramm „Vorwärts Grün! Vorwärts Europa“ vor zu legen.
Die Welt steht vor einer dramatischen Ressourcenkrise, die sich auf alle Bereiche unseres Lebens auswirkt: von den Lebensmitteln, die wir essen, bis zur Energie, die wir verbrauchen - und den Zukunftsperspektiven vor allem junger Menschen in allen Teilen dieser globalisierten Welt. Darüber hinaus ist die Zeit schon mehr als knapp, um eine schwerwiegende Klimakrise zu verhindern. Die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Nahrungsmittelkrise, die vor allem die ärmsten Länder dieser Welt betrifft, haben uns die Schwachstellen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems drastisch vor Augen geführt: Der Glaube an ein regel- und zügelloses System ist ein für allemal gebrochen worden. Jetzt gilt es die Weichen für zukunftstaugliche und nachhaltige Veränderungen zu stellen.

Seit unserem Einzug ins Europäische Parlament im Jahre 1984 setzen wir Grüne uns für ein ökologisch nachhaltiges, soziales, demokratisches und global verantwortlich handelndes Europa ein. Wir haben die Notwendigkeit erkannt, den europäischen Problemen mit wahrhaft europäischen Lösungen zu begegnen und arbeiten daher enger zusammen als andere politische Familien im Europäischen Parlament. Dies hat dazu beigetragen, dass wir gemeinsam Stärke zeigen und Entscheidungen auf europäischer Ebene weitaus mehr beeinflussen können, als es uns zahlenmäßig normalerweise möglich wäre.

Europa steht mitten in der globalen Wirtschafts- und Klimakrise an einem Scheideweg. **Sie entscheiden:** weiter den falschen Weg gehen wie SPÖ und ÖVP, die mit ihren europäischen KollegInnen mit verantwortlich für diese Krise sind – oder ein gerechteres Europa mit Vorrang für Umweltschutz, Sozialstandards und Menschenrechte, ohne Atomkraft und Gentechnik, mit 100.000 neuen Arbeitsplätzen in Österreich, mit beinharten Regeln für die FinanzspekulantInnen, mit Mindestlohn und Grundsicherung – mit den Grünen. Jede Stimme für die Grünen ist eine Stimme für ein starkes Europa, das die Interessen der Menschen ernst nimmt.

Die Wirtschafts- wie auch die Klima- und die Nahrungsmittelkrise können nur durch ein gemeinsames, europäisches Vorgehen erfolgreich bekämpft werden. Dazu braucht es starke Grüne in einem starken Europäischen Parlament.
Am 7. Juni ersuche ich Sie daher, Ihre Stimme für Europa den Grünen zu geben.

Mag^a^. Ulrike Lunacek
Abg. zNR und stv. Klubobfrau und
Vorsitzende der Europäischen Grünen

Ulrike Lunacek
Spitzenkandidatin, Vorsitzende der Europäischen Grünpartei, Europasprecherin der Grünen

- Nach Dolmetschstudium (Englisch und Spanisch) ab 1979 Engagement in der Frauen-, der Dritte-Welt-Solidaritäts- und der Lesben- und Schwulenbewegung
- Seit 1999 Nationalratsabgeordnete, Sprecherin für Außen- und Entwicklungspolitik, und für Gleichstellung von Lesben, Schwulen und TransGender
- Seit 2004 Fraktionsvorsitzende im Europa-Ausschuss im österreichischen Nationalrat

„Die Grünen kämpfen gemeinsam für ein soziales und gerechtes Europa mit hunderttausenden neuen Jobs durch eine Energierevolution“

„Starke Grüne bei der Europawahl bedeuten eine Stärkung zentraler BürgerInnen-Interessen“

Eva Lichtenberger
Stv. Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament

- 1994 Erste Grüne Landesrätin für Umwelt in Tirol
- 1999 - 2004 NR-Abgeordnete, Verkehrs- und Tourismussprecherin der Grünen
- 2002 - 2003 Mitglied im Europäischen Verfassungskonvent
- 2003 - 2004 im „Österreich-Konvent“
- Seit 2004 Europa-Abgeordnete

THINK BIG
VOTE GREEN
DIE GRÜNEN
EUROPEAN
GREENS.EU

VORWÄRTS GRÜN!
VORWÄRTS EUROPA!

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni wird die Weichen für die Zukunft Europas stellen. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes entscheidet: Bleibt es beim Verwalten der Krise mit derselben Politik, die sie verursacht hat? Oder gibt es neue Mehrheiten, die die Krise bewältigen und Europa neu gestalten können?

Das Europäische Parlament ist das einzige demokratisch legitimierte Organ der Union. Europapolitik ist mehr als Politik in Brüssel: Sie hat Einfluss auf die Entwicklungen auf diesem Planeten und beeinflusst ganz maßgeblich die Gesetzgebung in Österreich, den Ländern und den Gemeinden. Der Ausgang dieser Wahl ist entscheidend – für uns alle.

Die Grünen sprechen – im Gegensatz zu den anderen Parteien – europaweit mit einer Stimme und kämpfen im Europaparlament gemeinsam:

Für einen Ausstieg aus der Atomkraft, für gentechnikfreie Lebensmittel, für krisensichere, grüne Arbeitsplätze, für eine Europäische Sozialunion mit Mindestlohn und Grundsicherung, für die Regulierung der Finanzmärkte und für den Schutz der Privatsphäre der BürgerInnen vor dem Überwachungsstaat.

DIE WIRTSCHAFTSKRISE: EIN WENDEPUNKT FÜR EUROPA

Die Wirtschaftskrise führt die Schwächen der Europäischen Union drastisch vor Augen: Die nationalen Regierungen verhindern eine Wende zu einer gemeinsamen, zukunftsweisenden, grünen Wirtschaft. Die Entscheidungswege sind zu kompliziert für schnelle Reaktionen. Statt einer Europäischen Sozialunion sind Sparpakete zu befürchten.

Die EU-Kommission unter Kommissionspräsident Barroso hat durch ihre neoliberale Wirtschaftspolitik die Krise mit verursacht. Die nationalen Regierungen, egal ob schwarz oder rot haben bei der Krisenbewältigung nicht an einem Strang gezogen.

Nationale Alleingänge lösen die Krise nicht, bringen den Klimaschutz nicht voran und tragen nicht dazu bei, die europäische Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern. Umso mehr braucht es ein starkes Parlament mit einer starken grünen Fraktion.

GRÜNE BILANZ IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT: ERFOLGE FÜR ÖKOLOGIE UND SOZIALES

Grüne Arbeit in Europa nützt. Das zeigen unsere Erfolge:

- ***Energie:*** Wir haben das Energiepaket mit ambitionierten Zielen vorangetrieben und lehnen Atomenergie konsequent ab.
- ***Verkehr:*** Dank grüner Hartnäckigkeit entschied das EU-Parlament, dass künftig die Lärm- und Luftverschmutzungskosten in die LKW-Maut einberechnet werden.
- ***Gentechnik:*** Wir haben durchgesetzt, dass EU-Mitgliedstaaten ihre Landwirtschaft vor Gentechnik schützen können. Die österreichischen Bundesländer sind deshalb gentechnikfrei. Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind nun kennzeichnungspflichtig.
- ***Gegen Dumpinglöhne:*** Auf Drängen der Grünen hat das Europäische Parlament das „Herkunftslandprinzip" aus der Dienstleistungsrichtlinie gestrichen, um Lohndumping zu verhindern. Wir haben uns erfolgreich für die Rechte von LeiharbeiterInnen und BetriebsrätInnen eingesetzt.
- ***Für öffentliche Dienste:*** Große Teile der Daseinsvorsorge wurden auf unseren Druck hin vom Wettbewerb ausgenommen.
- ***Für Gleichstellung:*** Erst aufgrund des massiven Drucks von uns Grünen legte die EU-Kommission Vorschläge für Diskriminierungsschutz für alle vor – inklusive Lesben, Schwule und TransGender.
- ***Grundrechte:*** Es waren wir Grüne, die die Grundrechte im Unionsrecht verankert haben. Wir haben die Vollbeschäftigung und die Bindung der Außen- und Sicherheitspolitik an die UN-Charta zu Zielen der Union gemacht.

GRÜNE INITIATIVEN FÜR EUROPA

Es gibt nicht zu viel, sondern zu wenig Europa für die großen entscheidenden Fragen. Wir Grüne sind die österreichische Partei im Europa-Parlament, die für mehr Europa eintritt – und zwar ein anderes, sozialeres, ökologisches und demokratischeres Europa. Unsere Ziele:

- „Grüner New Deal": 5 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa – mehr als Hunderttausend in Österreich – durch Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien
- Vollbeschäftigung
- ökologisches, soziales nachhaltiges Wirtschaften
- Schließen der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern
- europaweite Einführung von Grundsicherung
- Stärkung der direkten Demokratie, etwa durch europaweite Volksbefragungen und Volksabstimmungen

Dieses Wahlprogramm der Grünen ist ein Bekenntnis zu einem Europa der Zukunft: Ein Europa, das für Umwelt- und Klimaschutz, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Gleichstellung eintritt.

Die Chance dazu ist jetzt größer denn je: Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat der Neoliberalismus einen schweren Rückschlag erlitten. Dies öffnet neue Möglichkeiten für die Durchsetzung von Grünen Konzepten für ein global gerecht agierendes, soziales und ökologisches Europa.

Ob diese Chance genützt wird, entscheidet die Wahl zum Europäischen Parlament.

DIE GRÜNEN – DIE EINZIGE PARTEI FÜR EIN STÄRKERES UND BESSERES EUROPA

ÖVP und SPÖ stellen die Regierung und entscheiden im Rat mit. Sie präsentieren sich als Europa-Parteien – doch sie stehen weit entfernt von einem starken, sozialen und ökologischen Europa. Das lässt sich schon daran ablesen, welche Europapolitischen Initiativen der Grünen sie im österreichischen Parlament und im EU-Rat abgelehnt haben.

Wir Grüne beantragten eine Europäische Sozialunion mit Grundsicherung – SPÖ und ÖVP lehnten ab.

Wir setzten uns für europäische Mindestlöhne ein – SPÖ und ÖVP waren dagegen.

Wir Grüne setzten uns für Gentechnikfreiheit ein – SPÖ und ÖVP stimmten nicht mit.

Wir setzten eine Initiative für ein atomkraftfreies Europa – SPÖ und ÖVP lehnten ab.

Wir Grüne setzten uns für die Unabhängigkeit von Öl, Gas und Kohle bei der Europäischen Energiepolitik ein – SPÖ und ÖVP stimmten dagegen.

Wir wollten Kontrolle und Steuern für Finanzmärkte – SPÖ und ÖVP lehnten ab.

Wir beantragten Obergrenzen für Managergehälter – SPÖ und ÖVP lehnten ab und stimmten auch im EU-Rat dagegen.

Wir Grüne wollten harmonisierte Steuern in der EU, um Steuerdumping zu verhindern: SPÖ und ÖVP waren dagegen – auch im EU-Rat.

Wir setzten uns für die europaweite „Konjunkturinitiative für Bildung" der EU-Kommission ein – SPÖ und ÖVP verweigerten die Unterstützung.

FPÖ und BZÖ wie auch Hans-Peter Martin haben keine Fraktion im Europaparlament und können deshalb Entscheidungen nicht beeinflussen. FPÖ und BZÖ wollen aus dem Europäischen Projekt austreten.

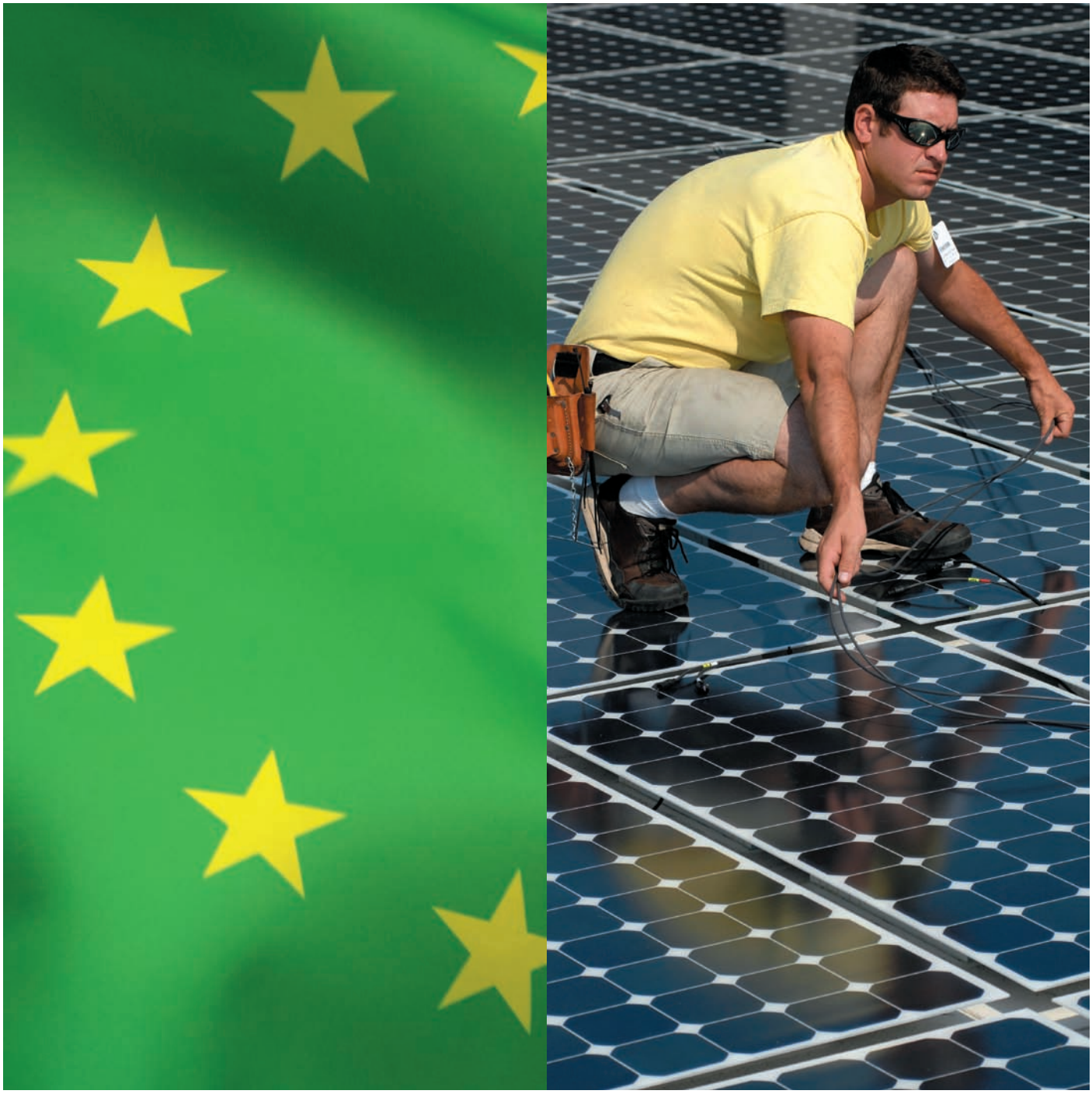
GRÜNES ZUKUNFTSPROGRAMM

Ausgehend von der Finanzkrise erleben wir derzeit die schwerste Weltwirtschafts- und Verteilungskrise seit Jahrzehnten. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen Milliarden für Bankenrettungen, Autoindustrie und Konjunkturpakete zahlen. Zugleich nehmen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu; Menschen haben Schwierigkeiten, ihre Schulden zu bedienen. Die Krisenpolitik verschärft so die Ungerechtigkeiten.

Die Europäische Union hat mit ihrem Konjunkturpaket die Chance vertan, die Wirtschaft für die Zukunft zu rüsten: Es enthält keine Weichenstellungen für eine „Grüne Industrie-Revolution" in Richtung von Energie-Effizienz und soziale Gerechtigkeit. Auch der G20-Gipfel Anfang April hat die hohen Erwartungen nicht erfüllt.

Wir Grüne fordern einen Europäischen Grünen New Deal: Europa muss die Krise für Weichenstellungen nützen – für eine neue Art des Wirtschaftens mit umfassender Finanzmarktregulierung, Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales, für zukunftsfähige Arbeitsplätze sowie Verteilungsgerechtigkeit und Chancen für alle.

Als starke Kraft in Europa wollen wir Grüne dafür sorgen, dass Europa diese Krise als Chance nutzt.



FÜR ZUKUNFTSFÄHIGE ARBEITSPLÄTZE: INVESTITIONEN IN KLIMASCHUTZ, BILDUNG UND SOZIALES

Gemeinsam der Krise entgegen treten:
Nicht nationale Standortinteressen, sondern das gemeinsame Europa muss der Rahmen für eine zukünftige Wirtschaftspolitik werden.

Fünf Millionen grüne Arbeitsplätze in fünf Jahren:
Wir Grüne wollen in Europa durch öffentliche und private Investitionen in der Höhe von 500 Mrd. Euro in Energieeffizienz und erneuerbare Energien fünf Millionen neue Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jahren schaffen – mehr als 100.000 davon in Österreich. Zusätzlich wollen wir neue hochwertige Arbeitsplätze in krisenfesten Zukunftsbranchen wie Bildung, Soziales und Gesundheit.

Sinnvoll investieren und auch Schulden machen ist nötig:
Steuergeld soll sinnvoll und zukunftsträchtig eingesetzt werden. Dazu können die Konvergenzkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts gelockert werden.

Eine Geldpolitik für die Zukunft:
Die Europäische Zentralbank soll zu diesen Zielen beitragen: Nachhaltiges Wirtschaften und Vollbeschäftigung sollen Ziele der Geldpolitik werden.

STRENGE REGELN FÜR DIE FINANZMÄRKTE

Die Finanzmärkte müssen wieder in den Dienst der Realwirtschaft gestellt, transparent arbeiten und kontrolliert werden. EU-weite Regulierungen sollen für alle Institutionen des Finanzsektors – ohne Ausnahme – in Kraft treten:

- starker Verbraucherschutz für AnlegerInnen
- europaweite Genehmigungspflicht von Finanzprodukten
- Regulierung von Hedge- und Private-Equity Fonds
- eine unabhängige EU-weite Rating-Agentur
- strenge Vorschriften für spekulative Geschäfte und eine höhere Eigenkapitalunterlegung
- klare Haftungsregeln
- Beschränkung von Managementgehältern

Dazu braucht es eine starke Grüne Fraktion im Europäischen Parlament: Die Lobbys der Banken und Versicherungen agieren auf europäischer Ebene insbesondere gegenüber Rot und Schwarz sehr durchschlagskräftig. Wir Grüne haben uns in der Vergangenheit als einzige lobby-resistente und -unabhängige Fraktion im EU-Parlament profiliert.

MEHR STEUERGERECHTIGKEIT UND CHANCEN FÜR ALLE

Wir Grüne setzen uns für mehr Gerechtigkeit ein: Dort, wo es notwendig ist, soll entlastet werden. Bisher Privilegierte, die vor und an der Krise gut verdient haben, sollen jetzt zu ihrer Bewältigung beitragen. Wir wollen gleiche Chancen für alle.

Gemeinsame Steuerpolitik:
Die derzeitige Politik treibt die Mitgliedstaaten in einen Steuerwettlauf nach unten. Das führt zu einem Abbau der sozialen Sicherungssysteme – überall. Wir wollen eine Harmonisierung von Körperschaft- und Kapitalertragsteuern in der EU.

Steueroasen austrocknen:
Steueroasen und –schlupflöcher führen dazu, dass große Vermögen zum Sozialstaat nichts beitragen. Wir fordern die Unterbindung von Geldwäsche und Steuerflucht und vollen Informationsaustausch mit ausländischen Behörden – auch in Österreich.

Steuer auf Finanztransaktionen:
Eine europaweite Finanztransaktionssteuer bremst Spekulation und schafft Mittel für den Umbau der Wirtschaft: Bei 0,1 % Besteuerung 240 Mrd. Euro pro Jahr. Wir Grüne setzen uns international seit Langem dafür ein. Seit Dezember 2008 gibt es auf Initiative der Grünen eine 5-Parteieneinigung in Österreich.

Gender Budgeting:
Ein sensibler Blick auf geschlechtsspezifische Wirkung des EU-Budgets (von Strukturförderungen bis Landwirtschaft) fördert eine gerechtere Mittelverteilung zwischen Männern und Frauen.

SICHERHEIT UND FAIRNESS IN DER KRISE FÜR EINE EUROPÄISCHE SOZIALUNION

Schon seit Jahren wächst in Europa die Kluft zwischen Arm und Reich, die Löhne sinken und Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeit nehmen zu. Nun wird dieser Trend durch die Wirtschaftskrise noch verstärkt.

Ein Grund ist die einseitige Ausrichtung der Europäischen Union: Ungeregelter Wettbewerb hat Vorrang vor grundlegenden sozialen Rechten. Sozialpolitik braucht nach wie vor Einstimmigkeit im Ministerrat, Beschäftigungspolitik bleibt unverbindlich. Sozialpolitik bleibt somit Sache der Mitgliedstaaten. Die Folgen:

- Die Mitgliedsländer liefern sich bei Arbeits- und Sozialstandards einen Wettlauf nach unten.
- Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen höhlt den Wohlfahrtsstaat aus.
- Das Korsett des Stabilitäts- und Wachstumspakts setzt nationaler Sozialpolitik einen immer engeren Spielraum; für wichtige öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Forschung und soziale Sicherheit ist kein Geld mehr vorhanden.

Die bisherigen österreichischen Regierungen haben diese neoliberale Linie unterstützt und zugleich ihre Verantwortung dafür „nach Brüssel" abgeschoben.

Wir Grüne treten hingegen für ein soziales Europa ein: Die ökonomische Entwicklung muss allen zu Gute kommen. Unternehmen und Finanzakteure handeln europaweit – also müssen auch die Rechte von ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen europaweit garantiert sein. Wir arbeiten im Europäischen Parlament für eine Sozialunion mit hohen Standards:

Soziale Netze, die Bezug nehmen auf das Einkommens- und Leistungsniveau des jeweiligen Mitgliedslandes:

- Bedarfsorientierte Grundsicherung für alle EU-BürgerInnen
- Mindestlöhne in der Höhe von 60 % der nationalen Durchschnittslöhne
- mindestens 60 % Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung
- Mindestdauer des Arbeitslosengeldes von einem Jahr
- Krankengeld, das jedenfalls für ein Jahr und mindestens in der Höhe des Arbeitslosengeldes bezahlt wird.
- Recht auf Wohnen
- Eine Alterssicherung, die für alle eine Grundsicherung und für ehemals berufstätige Personen, mindestens 60 % ihres Lebensarbeitseinkommens sicherstellt.

Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping:

- Volle Absicherung aller Formen atypischer Beschäftigung
- Umsetzung des Rechts der EU-BürgerInnen auf Gleichbehandlung mit inländischen ArbeitnehmerInnen
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort
- Vorrang der Grundrechte vor den vier Freiheiten des Binnenmarktes
- Verbesserter Zugang zum EuGH, um diese Rechte einklagen zu können

Maßnahmen gegen Überlastung, Arbeitslosigkeit und die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern:

- Reduktion der Wochen- und Lebensarbeitszeiten
- Anreize für qualifizierte Teilzeitarbeit und Umverteilung der Familien- und Pflegearbeit zwischen Frauen und Männern
- Ausbau von Sabbaticals, Weiterbildungszeiten und des Urlaubsanspruchs
- Ein „Eurostipendium für Ausbildung und Höherqualifizierung"

Eine europäische Richtlinie für öffentliche Dienstleistungen:

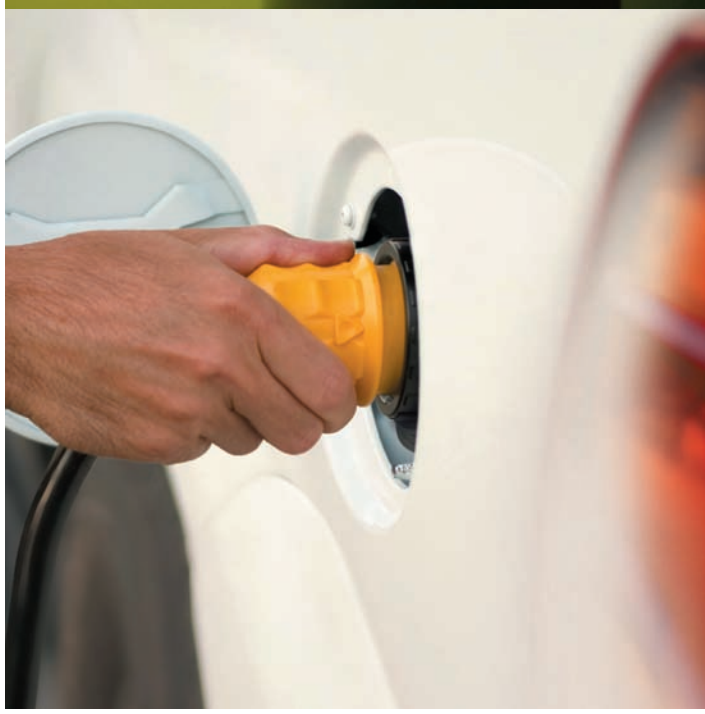
- Universeller Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen
- garantierte hohe Qualität und hohe Beschäftigungsstandards
- Begrenzung von Marktprinzipien bei öffentlichen Dienstleistungen

GRÜNER ERFOLG FÜR GLEICHSTELLUNG

Wir Grüne haben die Kommission gezwungen, ihr Versprechen einzulösen und eine Anti-Diskriminierungsregelung einzubringen, die Gleichbehandlung auch außerhalb der Arbeitswelt durchsetzt. Damit wird der Diskriminierung auf der Grundlage von sexueller Orientierung, Behinderung, Alter und Religion auch außerhalb des Arbeitsmarktes ein Ende gesetzt.

2. April 2009 wurde der Bericht der holländischen Grünen Kathalijna Buitenweg, die den Beschluss der Richtlinie empfiehlt gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

GRÜNE ZUKUNFT IN EUROPA



Energie- und Klimapolitik sind die Schlüsselfragen im 21. Jahrhundert: Der Klimawandel und die schwindenden fossilen Energieressourcen werden unser Leben in vielfältiger Weise beeinflussen. Die europäische Kommission selbst prognostiziert Dürre-Katastrophen, Zehntausende Hitze- und Kältetote sowie dramatische Folgen für Wirtschaft und Landwirtschaft, wenn die Treibhausgase nicht drastisch reduziert werden.

Das ist die Stunde der Bewährung für Europa: nur in einer gemeinsamen Anstrengung wird es gelingen, soziale Verwerfungen zu verhindern und den Übergang in eine nachhaltige, sozial gerechte Zukunft zu schaffen.

ENERGIEWENDE JETZT!

Energiesystem aus der Falle holen.
Die Europäische Union muss derzeit über 50 Prozent ihres Energiebedarfs importieren, Österreich mehr als 70 Prozent. Die Preisexplosion von Öl und Gas und die Erdgaskrise Anfang 2009 haben uns vor Augen geführt, was diese Abhängigkeit bedeutet: Wir sitzen in der Falle. Doch selbst heute werden noch Milliardenbeträge in diese Energieabhängigkeit investiert, wie zahlreiche Gaskraftwerksprojekte und Straßenbaupläne zeigen.

Das Klima- und Energiepaket der EU wird den Anforderungen des Klimaschutzes nicht gerecht. Die Vorschläge des Europäischen Parlaments wurden vom Rat – unter Mithilfe österreichischer Regierungsmitglieder – stark verwässert:

- Das CO_2-Reduktionsziel ist mit 20 Prozent viel zu niedrig angesetzt
- Weniger als die Hälfte der Reduktion muss innerhalb der Union erfolgen
- Das Emissionshandelssystem wurde durch zahlreiche Ausnahmen durchlöchert
- Die Automobilindustrie wurde aus der Verantwortung entlassen.

Drohende Renaissance der Atomkraft.
Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes versucht die Atomindustrie, Atomkraft als Lösung zu präsentieren. Wir Grüne sind europaweit die einzige entschiedene Kraft im Kampf gegen die Renaissance der Atomenergie und haben die Gegenkonzepte.

Grüne Trendwende gegen Klimawandel.
Die Milliarden-Konjunkturpakete im Gefolge der Krise bieten eine einmalige Chance: Den nachhaltigen Umbau unseres Wirtschaftssystems. Die Emissionen müssen bis 2050 weltweit um 50 Prozent, in den Industrieländern um 80 Prozent gesenkt werden, um nach Angaben des UNO-Weltklimarates die Klimaerwärmung auf 2 Grad Celsius zu beschränken. Der Trendwechsel muss uns spätestens 2015 gelingen, damit noch eine realistische Chance besteht, dieses Ziel zu erreichen. Die Abkehr von Erdöl und Erdgas schafft regionale Wertschöpfung und zehntausende Jobs: Ein enormer Schub für die Wirtschaft. Solch ein „Grüner New Deal“ wird wesentlich dazu beitragen, dass Europa aus der Krise findet. **Die Weichen dazu müssen jetzt gestellt werden: Die Energiewende ist der Schlüssel. Energieeffizienz heißt das Zauberwort.**

Dafür setzen wir Grüne uns im Europäischen Parlament ein:

Europa als Vorreiterin in der Klimapolitik: Die Europäische Union muss ihre Emissionen um 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 Prozent bis 2050 senken.

5 Millionen Arbeitsplätze durch Klimaschutz: Ein „Grüner New Deal" für Europa.

Klimagerechtigkeit: Entwicklungs- und Schwellenländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen.

EU-Emissionshandel verbessern: Industrie, Flug- und Schiffsverkehr müssen ausnahmslos in den Emissionshandel mit einbezogen werden. Nationale Einzelinteressen dürfen die Klimaschutzziele nicht untergraben.

100 Prozent Erneuerbare: Investitionen in den Ausbau und die weitere Erforschung von erneuerbarer Energie.

Effizienzrevolution: Verbindliches Energieeffizienzziel von mindestens 20 Prozent bis 2020. Steigende Effizienzstandards, gezielte Investitionen in Effizienzsteigerung und Sanierung, Information für die Menschen und die Wirtschaft.

Kein österreichischer Euro für die Atomindustrie: Die bis zu 50 Mio. Euro, die Österreich jährlich an die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM zahlt, sollen für den Ausbau von Ökoenergie eingesetzt werden. Atomstromimporte müssen durch Energieeffizienz zurückgedrängt werden.

Europaweiter Atomausstieg: Abschaffung aller Förderungen der Atomindustrie sowie Kostenwahrheit für die Atomkraft durch deutliche Anhebung der Haftungssummen für AKW-Betreiber. Europaweit einheitliche hohe Sicherheitsstandards.

EURENEW statt EURATOM: Abschaffung des EURATOM-Vertrags und Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (EURENEW) als Motor für den Umstieg in eine zukunftsfähige Energiepolitik.

EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK - FÜR DIE SCHIENE GEGEN DIE TRANSITLAWINE

Der Umstieg vom LKW auf die Schiene ist bisher nicht gelungen. Das liegt an den einseitigen Regeln aus Brüssel: So müssen die EU-SteuerzahlerInnen jährlich 300 Milliarden der Kosten tragen, die der LKW-Verkehr verursacht. Österreichische MinisterInnen und LandesrätelInnen schaffen es auf EU-Ebene nicht, Netzwerke und BündnispartnerInnen für bessere EU-Verkehrslösungen aufzubauen.

Wir setzen uns im EU-Parlament für leistbare Mobilität im Sinne der Umwelt ein:

- ***Weniger LKW-Verkehr:*** Kostenwahrheit durch höhere LKW-Mauten, die alle ökologischen und sozialen Kosten einrechnen, strengere Kontrollen.
- ***Neue Wege statt neuer Straßen:*** Vorrang für die Schiene bei den Transeuropäischen Netzen statt fragwürdigen Autobahnen und zerstörerischen Fluss-Ausbauprojekten.
- ***Autos für die Zukunft:*** Wir wollen das energie- und geldsparende, klimaschonende „Auto von morgen" rasch auf die Straße bringen und die Verzögerungspolitik von Autolobby und Regierungen bekämpfen.
- ***Öffentliche Verkehrsmittel ausbauen:*** Wir wollen die Initiativen der EU für bessere und barrierefreie Öffis und mehr Fahrgastrechte verstärken.

TEILERFOLG GEGEN DIE TRANSITLAWINE

Der Privatverkehr trägt in Europa überproportional zu den Treibhausgasemissionen, zu schlechter Luft und zu Lärm bei. Erst jetzt ist es gelungen, das Transitproblem in den Alpen darzustellen, da auch andere Länder immer stärker vom Transit betroffen sind. Das Thema „Sensible Zonen Alpen" durch uns Grüne hat dazu geführt, dass in Zukunft auch externe Kosten bei der Festsetzung der Maut insbesondere auch in Bergregionen einbezogen werden können.

11.03.2009 Abstimmung zur Eurovignette gegen die Stimmen der Konservativen

GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT

Die EU-Kommission lässt laufend gentechnisch veränderte Futtermittel, Lebensmittel und Saatgut zu. Dabei beruft sie sich auf die Europäische Lebensmittelsicherheits-Agentur (EFSA). Diese lässt jedoch langfristige Umweltauswirkungen außer Acht und orientiert sich an Daten, die von Unternehmen vorgelegt werden.

Die von der Kommission propagierte „Koexistenz" (ein Nebeneinander gentechnischer und gentechnikfreier Produktionsmethoden) funktioniert nicht: Weder Mais-Pollen noch Bienen machen an den Feldrändern und Grenzen halt. Industrielle Monokulturen, in denen die Gentechnik-Landwirtschaft zum Einsatz kommt, schädigen die Umwelt, gefährden die Gesundheit und führen weltweit die bäuerliche Landwirtschaft in den Ruin.

GENTECHNIKFREIHEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT ERHALTEN

Trotz des Drucks der EU-Kommission ist es uns Grünen gelungen, die österreichische Landwirtschaft gentechnikfrei zu erhalten. Der letzte Angriff der EU-Kommission auf die österreichischen Gentechnik-Anbauverbote für Mais konnte am 2. März 2009 abgewehrt werden. Nur eine starke Grüne Fraktion im Europaparlament kann diese Angriffe auch in Zukunft abwehren. Der Bericht des Grünabgeordneten Graefe zu Baringdorf hat mit einer Schutzklausel in der Freisetzungsrichtlinie Ausnahmen für einzelne Mitgliedstaaten eröffnet.

Wir Grüne setzen alles daran, dass die österreichische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion weiterhin gentechnikfrei bleibt:

- ***Keine Gentechnik in Österreich:*** Wir werden die österreichischen Gentechnik-Anbauverbote vehement verteidigen und alle Rechtsmittel bis hin zum Europäischen Gerichtshof ausschöpfen.
- ***Selbstbestimmung der Regionen:*** Wir werden uns vehement dafür einsetzen, dass das Selbstbestimmungsrecht der Regionen auf eine gentechnikfreie Landwirtschaft endlich anerkannt wird.
- ***Vorsorge:*** Wir werden massiv dafür eintreten, dass die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) das Vorsorgeprinzip konsequent anwendet.
- ***Keine neuen Gentech-Organismen:*** Wir werden weiterhin auf EU-Ebene gegen die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen stimmen.
- ***Risikoforschung:*** Wir fordern eine unabhängige und dem Vorsorgeprinzip verpflichtete Risikoforschung im Bereich der Agro-Gentechnik in Österreich.

LEBENSMITTEL TRANSPARENT KENNZEICHNEN

Lebensmittel müssen gesund und sicher sein. Die Kennzeichnung von Lebensmitteln muss so gestaltet sein, dass die KonsumentInnen eine bewusste Entscheidung treffen können.

Wir setzen uns ein für:

- ***EU-weite Ursprungskennzeichnung*** für landwirtschaftliche Produkte und Kennzeichnung nach der Art der Tierhaltung.
- ***Ampelkennzeichnung für Lebensmittel:*** Angabe der kritischen Nährstoffe Zucker, Fett, gesättigte Fettsäuren und Salz in den Signalfarben rot, gelb und grün.
- ***Grenzwerte*** bis hin zum Verbot von problematischen Lebensmittelbestandteilen wie Transfett-Säuren, Stabilisatoren, Farbstoffen und Konservierungsmitteln.

EU-TIERSCHUTZSTANDARDS VERBESSERN

Millionen von Nutztieren haben derzeit in der EU keinerlei Schutz.

Wir fordern:

- ***Aktionsplan jetzt:*** Sofortige Umsetzung des EU-Tierschutz-Aktionsplans.
- ***Keine Legebatterien:*** EU-weites Verbot der Haltung von Legehennen in Käfigen.
- ***Tiergerechte Ställe:*** EU-weite Einführung eines verpflichtenden Prüf- und Zulassungsverfahrens für Stalleinrichtungen.
- ***Keine Förderung von Tiertransporten:*** Streichung der Exportsubventionen für alle Tiertransporte und Verkürzung der Transportzeiten auf maximal acht Stunden.
- ***Gegen Tierversuche:*** Klare Zielvorgaben für die Reduzierung von Tierversuchen und eine transparente ethische Prüfung. EU-weites Verbot von Tierversuchen an Menschenaffen.

EIN EUROPA DER DEMOKRATIE UND DER GRUNDRECHTE

Europas Strukturen sind zu undemokratisch und undurchsichtig. Dies trägt zur Europa-Skepsis der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich bei. Die österreichische Regierung hat ihre Verantwortung, die Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa mitzunehmen, längst dem Populismus geopfert. Europäische Entscheidungen werden zuerst von österreichischen Regierungsmitgliedern mitgetragen und dann später in Österreich öffentlichkeitswirksam bekämpft.

Wir Grüne setzen diesem doppelbödigen Spiel das Konzept einer Europäischen Demokratie entgegen, die weiter geht, als die Staats- und Regierungschefs zulassen wollen.

ECHTE DEMOKRATISIERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Wir werden uns im Europaparlament für eine echte Demokratisierung einsetzen:

- ***Ein starkes Parlament:*** Wir fordern das Gesetzesinitiativrecht und die völlige Gleichberechtigung des Parlaments mit dem Rat der EU
- ***Transparenz:*** Die Gesetzgebung im Rat muss endlich öffentlich stattfinden
- ***BürgerInnenbeteiligung:*** Ausbau direktdemokratischer Instrumente
- ***Frauen an die Macht:*** Erhöhung des Frauenanteils in den EU-Institutionen

WIE DIE GRÜNEN DIE GRUNDRECHTECHARTA VERANKERT HABEN

Grüne waren maßgeblich an der Verankerung der Grundrechte in der Europäischen Union beteiligt. Unser nachdrückliches Engagement im Grundrechts- und Verfassungskonvent hat die Grundlagen geschaffen. Tritt der Lissabon-Vertrag in Kraft, so werden die Grundrechte für Europäische Politiken und Organe rechtsverbindlich. Bereits heute spielt die Charta der Grundrechte bei der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes eine wichtige Rolle. Mit in Kraft treten des Vertrages von Lissabon würde die Europäische Union auch der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten.

Siehe auch Bericht Voggenhuber vom 12.02 2007 über die Achtung der Grundrechte-Charta durch die Kommission.

EUROPA ALS MENSCHENRECHTSUNION

Die Europäische Union ist von ihrem Selbstverständnis her eine Menschenrechtsunion. Dies droht immer wieder von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aspekten überdeckt zu werden. Menschenrechte sind unteilbar und dürfen Wirtschaftsinteressen nicht geopfert werden.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Europa den weltweit höchsten Menschenrechtsschutz zu etablieren:

- ***Einklagbar:*** Menschenrechte dürfen nicht bloß schöne Worte bleiben, sondern müssen für den Bürger und die Bürgerin greifbar und einklagbar sein. Bei Menschenrechten dürfen keine Abstriche gemacht werden.
- ***Ein/e Kommissar/in für Menschenrechte:*** In der neuen EU-Kommission fordern wir eine/n Kommissar/in für Menschenrechte als Schnittstelle zwischen Mitgliedsländern und EU-Kommission und als Promotor für Menschenrechte.
- ***Europa muss auf globaler Ebene praktizieren, was es predigt:*** In den Wirtschaftsbeziehungen – etwa zu Russland oder China – dürfen die europäischen Handels- und Energieinteressen nicht Vorrang vor den Menschenrechten haben.

GEMEINSAME EINWANDERUNGSPOLITIK UND LÖSUNG DES FLÜCHTLINGSDRAMAS

Der Umgang mit Einwanderung gehört zu den Schlüsselthemen der kommenden Jahre. Europa braucht Einwanderung, schottet sich aber zugleich dagegen ab.

Die Folge dieser ambivalenten Politik: Tausende Menschen sterben Jahr für Jahr an den Außengrenzen der Europäischen Union. Die Möglichkeiten für MigrantInnen, das Territorium der EU legal zu erreichen, werden weiter eingeschränkt, die Überwachung der Außengrenzen militarisiert. Personen, die es dennoch in ein Aufnahmelager im Territorium der EU schaffen, werden oft ohne Prüfung der Fluchtgründe zurückgeschickt oder in menschenunwürdigen Lagern wie auf der Insel Lampedusa oder in Malta eingesperrt.

Dies widerspricht der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschrechtskonvention, führt zu weiteren Toten an den Grenzen und zu einer Diskreditierung der europäischen Menschenrechtspolitik.

Diese Flüchtlings-Katastrophe ist Folge einer verfehlten Einwanderungspolitik.

Wir Grüne treten ein für:

- ***Eine gemeinsame und solidarische europäische Flüchtlingspolitik*** auf der Basis der geltenden Menschenrechtskonventionen.
- ***Das Menschenrecht auf Asyl*** darf nicht ausgehöhlt und keinem/r Verfolgten verwehrt werden. Im Sinne europäischer Solidarität soll nicht nur das Land, in dem ein Flüchtling erstmals europäisches Territorium betritt, für das Verfahren zuständig sein.
- ***Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik:*** Wir verstehen Migration als Bereicherung und – demografisch gesehen – zunehmend als Notwendigkeit. Die Diktion der Abschottung muss überwunden werden, um gemeinsam eine sinnvolle Einwanderungspolitik zu gestalten.

GLEICHE RECHTE FÜR LESBEN, SCHWULE UND TRANSGENDER; GLEICHSTELLUNG LESBISCHER UND SCHWULER PARTNERSCHAFTEN

Die Europäische Union muss Vorreiterin in Gleichbehandlungsfragen sein. Wir Grüne haben uns sehr stark für Antidiskriminierung und aktive Frauenpolitik eingesetzt.

Wir werden weiter arbeiten an:

- ***Unverzüglicher Verabschiedung der neuen Anti-Diskriminierungsrichtlinie.***
- ***Ausbau der Frauenrechte:*** Nach wie vor kommt es zu schweren Menschenrechtsverletzungen an Frauen in Europa. Trotz Gleichbehandlungsrichtlinien werden Frauen bei Beschäftigung und Entlohnung benachteiligt. Frauen haben ein wesentlich höheres Armutsrisiko als Männer. Wir fordern eine ambitioniertere Gleichstellungspolitik der EU und besseren Schutz für die Opfer von sexueller Ausbeutung und Gewalt durch die Ernennung einer EU-Sonderbeauftragten gegen Gewalt gegen Frauen.
- ***Gleichstellung lesbischer und schwuler Partnerschaften:*** Wir fordern, dass die Mitgliedstaaten gleichgeschlechtliche Lebensformen als gleichberechtigt anerkennen – und diese Ehen oder registrierten Partnerschaften auch in allen EU-Staaten anerkannt werden.
- ***Schutz ethnischer Minderheiten:*** Die Missachtung der Rechte kultureller und ethnischer Minderheiten, allen voran der Roma, ist eine offene menschenrechtliche Wunde der Union. Wir fordern einen besseren Schutz vor Diskriminierung und innovative Projekte.

FREIHEIT STATT ÜBERWACHUNG

Die rasante Entwicklung moderner Telekommunikation und der Kampf gegen den Terrorismus ruft autoritäre PolitikerInnen auf den Plan: Kommunikationsverhalten, Interessen, Persönlichkeitsprofile, aber auch reale Reisebewegungen und Fingerabdrücke sollen erfasst, gespeichert, vernetzt und für den Zugriff der Staatsmacht bereit gehalten werden. Unter dem vorgeschobenen Argument des Kampfes gegen den Terrorismus greifen sie massiv in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ein:

- Fingerabdrücke werden in Pässen gespeichert.
- Innerhalb der EU werden sensible Daten verschoben.
- Daten zu allen Telefonaten, E-Mails, Internetnutzung, Bewegungsprofile von HandynutzerInnen werden auch ohne Verdacht bis zu zwei Jahre lang automatisch gespeichert.
- Passagierdaten, DNS, Fingerabdrücke werden den USA überlassen.

Die ÖVP-MinisterInnen haben in Brüssel an diesen Maßnahmen führend mitgewirkt, die SPÖ sah schweigend zu. Wir Grüne haben diesen Überwachungswahn stets bekämpft und konnten teils noch schlimmere Eingriffe, wie die Installation von Nacktscannern an Flughäfen und die inhaltliche Überwachung des Internets, verhindern.

GRÜNER ERFOLG ZU DEN SOFTWAREPATENTEN

Wir Grüne haben im Zusammenspiel mit der Internet-Community eine Monopolstellung von Microsoft in Sachen Software verhindert. Damit wäre ein innovativer Sektor langsam zugunsten der Multis ausgedünnt worden. „Patente nutzen nur den Multis", warnte die Open-Source-Bewegung – allen voran Linux-Erfinder Linus Torvalds. Die Grünen im Europaparlament verhinderten einen verengten Softwaremarkt. Es bedeutete einen Sieg der Zivilgesellschaft – und der Grünen – gegen ein immenses und millionenschweres Lobbying der Softwaregiganten. Fast einstimmig lehnte das Europäische Parlament im Juli 2005 die „Richtlinie über Softwarepatente" ab.

Doch noch bevor der Vertrag von Lissabon dem Europäischen Parlament Mitspracherecht einräumt, versuchen die Regierungen an der Bevölkerung vorbei weitere Überwachungsmaßnamen zu beschließen:

- Die Einführung grenzüberschreitender „Online-Durchsuchungen": damit könnte die britische oder deutsche Polizei direkt auf österreichische Computer zugreifen.
- Die Zusammenfassung aller „sicherheitsrelevanten" Datenbanken, bis hin zu Gesundheits- und Steuerdaten („gläserne BürgerInnen").
- Die Erfassung und Speicherung sämtlicher Passagier- und Reisedaten auf Jahre hinaus, einschließlich „elektronischer Reisebewilligungen".
- Noch engere Kooperation mit den USA beim Datentausch.

Wir Grüne treten im Europäischen Parlament vehement dafür ein, dass BürgerInnenrechte wie Meinungsfreiheit und der Schutz der Privatsphäre auch in der digitalen Welt Gültigkeit haben:

- ***Rechtsstaat einhalten:.*** Strenge Beachtung der Menschenrechte, der Verhältnismäßigkeit und der Anforderungen rechtsstaatlicher Verfahren, einschließlich eines funktionierenden Rechtsschutzes.
- ***Super-Datenbanken verhindern:*** Daten dürfen nur für den Zweck benutzt werden, zu dem sie erhoben wurden und müssen danach gelöscht werden. Die zweckwidrige Zusammenführung von Datenbanken führt zu Auswertungsfehlern und verleitet zu Missbrauch.
- ***Verpflichtende Datenschutz-Standards*** für Staaten und Wirtschaft, damit illegaler Datenhandel und Datenmissbrauch bekämpft werden können.
- ***Kontrolle über die eigenen Daten:*** Die BürgerInnen müssen stets die Verfügungsgewalt über ihre Daten behalten. Die Behörden und Unternehmen müssen Auskunft darüber geben, berichtigen und löschen, wenn dies beantragt wird.

EUROPÄISCHE FRIEDENSPOLITIK GESTALTEN

Zur Gestaltung einer friedlichen Weltordnung ist eine starke Europäische Union unerlässlich. Geht sie geeint vor, besitzt sie großes Gewicht für ein friedensorientiertes und sozial gerechtes internationales System. Das ist notwendiger denn je: Wirtschafts-, Nahrungsmittel- und Energiekrise sowie Klimakatastrophen können zu einer Gefahr für die globale Stabilität werden.

Die europäische Außenpolitik darf nicht als Deckmantel für die Machtpolitik einzelner Mitgliedstaaten dienen. Deshalb brauchen wir Transparenz und volle Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.

Wir Grüne stehen für Menschenrechte, Demokratie, Abrüstung, Friedens- und Entwicklungspolitik.

EIN EUROPA FÜR EINE FRIEDLICHE WELTORDNUNG

Wir Grüne haben bereits bisher alles für internationale Zusammenarbeit und eine UNO-Reform in Richtung Demokratie und Menschenrechte getan. Diese Bemühung hat jetzt starken Rückenwind: US-Präsident Barack Obama weckt große Hoffnungen für eine neue multilaterale, sozial gerechte und friedliche politische Ordnung.

Für Europa geht es nicht um noch mehr Militär und Rüstung, sondern um eine Friedenspolitik, die auch Instrument für eine konstruktive Globalisierung sein kann.

Wir arbeiten im Europäischen Parlament für eine Friedensunion:

- ***Abrüstung:*** Wir wollen, dass Europa initiativ an Abrüstung und Rüstungskontrolle mitwirkt. Dank Grünen Drucks finden sich in der EU schon jetzt zentrale Akteure für die Durchsetzung von Abrüstungsabkommen.
- ***Weg mit Atomwaffen:*** Wir setzen uns für ein atomwaffenfreies Europa und die weltweite Ächtung von Atomwaffen, Atomwaffenversuchen und radioaktiver Munition ein.
- ***Kein Raketenschild:*** Wir fordern die US-Regierung auf, auf den Raketenschild in Polen und der Tschechischen Republik zu verzichten.
- ***Waffenexporte einschränken*** und rechtsverbindliche Waffenexportkontrollen implementieren.
- ***Multilaterale Friedenspolitik statt Krieg*** eröffnet neue Perspektiven für Konfliktregionen.
- ***Vorrang für entwicklungspolitische Ziele:*** Unterstützung aller EU-Länder für das Erreichen der UN-Millenniumsziele. Deshalb muss auch Österreich bis 2015 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen.

EINE NEUE AUFGABE FÜR ÖSTERREICHS NEUTRALITÄT

Wir Grüne stehen für Frieden durch die Einhaltung von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Abrüstung und eine gerechte Welthandelsordnung. Die Eckpfeiler der österreichischen Neutralität können und sollen zu einer Grundlage der Gemeinsamen Europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik werden.

Zur Eindämmung von Gewalt bei Völkermord, zur Friedenssicherung sowie zum Schutz von Flüchtlingen kann im Rahmen der Vereinten Nationen ein Militäreinsatz notwendig sein.

Eine aktive Neutralitätspolitik bedeutet für uns:

- Einsatz für eine sozial gerechte Weltwirtschaftsordnung; ökologische und soziale Standards in der WTO
- Einhaltung von Asyl- und Menschenrechten
- 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit
- Aktive Mitarbeit im europäischen Einigungs- und Erweiterungsprozess

EUROPÄISCHE FRIEDENSPOLITIK

Wir Grüne treten für eine Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die unabhängig von den USA formuliert wird, die zivile Konfliktprävention als Priorität hat und sich dem Gewaltmonopol der UNO unterwirft. Zentrales Prinzip ist die Ächtung des Krieges.

Wir Grüne wollen, dass die europäische Einigung auch friedenspolitisch weiter geht. Österreich hat mit der Neutralität die besten Voraussetzungen, für eine echte europäische Friedenspolitik zu sorgen.

Wir fordern daher:

- ***Kein militärisches Kerneuropa.***
- ***Parlamentarische Kontrolle*** durch das Europaparlament.
- ***Prävention:*** politische, wirtschaftliche und zivile Mittel in der Konfliktvorbeugung; Einrichtung eines Europäischen Friedensdienstes und eines zivilen Friedenskorps.
- ***Abrüstung:*** Verzicht auf alle Massenvernichtungswaffen in der EU und Abrüstung in allen EU-Mitgliedsländern.
- ***Empowerment und Teilnahme von Frauen*** auf allen Ebenen der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik.

Eine so verstandene europäische Friedensordnung eröffnet Raum für eine aktive, zivile Neutralitäts- und Außenpolitik. Dafür brauchen wir auch aus Österreich mehr ausgebildetes Personal und die Einrichtung ziviler Friedensdienste.

ERWEITERUNG DES FRIEDENSPROJEKTES EUROPA

Der größte Schritt des europäischen Friedens- und Einigungswerkes seit Ende des Kalten Krieges ist die Erweiterung der Europäischen Union auf Basis von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie:

- ***Balkan-Beitritte:*** Der Beitritt der Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie Albaniens stellt für die Region die einzige nachhaltige Friedensperspektive dar.
- ***Türkei:*** Wir wollen verlässliche und faire Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und das Offenhalten der Beitrittsoption. Nur diese sind ein Motor für Reformen. Die Türkei kann - soweit sie die Beitrittskriterien tatsächlich erfüllt haben wird - als EU-Mitglied zu einem stabilen Anker in der Region werden.

UNTERSTÜTZEN SIE DIE PETITION ZUM GRÜNEN NEW DEAL

Europa braucht Veränderung. Europa braucht Zukunft! Denn vom Kampf gegen den Klimawandel profitieren alle. Wussten Sie, dass allein mit grünen Technologien und Dienstleistungen binnen fünf Jahren 5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden können? **Unterstützen Sie unsere Forderungen!**

Bitte unterschreiben Sie: http://europeangreens.eu/petition

LINKS:

- ***Die Europaseite der österreichischen Grünen***
  News, Presse, Hintergründe & alle EU-Wahlinfos auf einen Blick auf **www.eurogreens.at**

- ***Der Grüne EU-Newsletter***
  Grünes Europa aktuell: Termine, Aktionen, Erfolge. Regelmäßig & kostenlos per E-Mail. Bestellen unter: **http://eurogreens.at/newsletter**

- ***Green International***
  Join the Green Community! Die englischsprachige Website der Europäischen Grünen: **www.europeangreens.eu**
  Mit dem Europäischen Wahlprogramm „Green New Deal Manifesto“ unter: **www.europeangreens.eu/menu/egp-manifesto**

- ***Grüne Europapolitik***
  Die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament: **www.greens-efa.org**

IMPRESSUM
Medieninhaberin, Verlegerin: Die Grünen, Rooseveltplatz 4 - 5, 1090 Wien
Tel.: +43 1 23 63 998-0, Fax: +43 1 52 69 110
E-Mail: bundesbuero@gruene.at
www.eurogreens.at, www.gruene.at
Gestaltung: Edi Keck, Doris Huemer
Erscheinungsdatum: April 2009
Erscheinungsort: Wien
Alle Grünen Sachprogramme finden Sie auf der Grünen Website: www.gruene.at/service/teilprogramme
Bitte unterstützen Sie den Wahlkampf der Grünen mit Ihrer Spende auf das
Konto 28027270404 bei Erste Bank BLZ 20111 oder per Kreditkarte über www.gruene.at